

19. April 2018

Europäisches Parlament stimmt für die neue Öko-Verordnung

Neue Verordnung zur biologischen Landwirtschaft kurz vor endgültiger Annahme / Plenum stimmt dem Gesetzestext zu

Straßburg. Nachdem im November letzten Jahres der Agrarausschuss des Europäischen Parlaments für den Ende Juni 2017 während den Trilogverhandlungen ausgehandelten Text gestimmt hatte, gab nun heute Mittag das Plenum des Europäischen Parlaments grünes Licht für die neue EU-Öko-Verordnung.

„Ich bin froh, dass wir nun endlich vor der endgültigen Annahme des Gesetzestextes stehen. Dahinter stecken mehr als drei Jahre harter Arbeit und langwieriger Verhandlungsrunden. Ich bin überzeugt, dass wir einen Text gefunden haben, welcher die biologische Landwirtschaft fit für die Zukunft machen und unseren Landwirten Planungssicherheit geben wird“, so der für die EVP-Fraktion verantwortliche Europaparlamentarier Norbert Lins.

„Die Verhandlungen waren von schwieriger Kompromissfindung gezeichnet. Wenn man bedenkt, welchen Vorschlag die Europäische Kommission im März 2014 vorlegte, muss man feststellen, dass wir viele der Punkte mehr als entschärft haben, obwohl die Kommission bis zum Abschluss der Trilogverhandlungen versucht hatte, ihre unrealistischen Forderungen weiter einzubringen“, erläutert Lins die Problematik in den Kompromissgesprächen.

So forderte die Kommission für ökologische Produkte Rückstandsgrenzwerte auf Babynahrungsniveau und damit einhergehend einen Wechsel von der Prozesskontrolle hin zur Produktkontrolle: „Dies spiegelt aber nicht den Ansatz der Biolandwirtschaft wider! In einer kleinstrukturierten Landwirtschaft, wie wir sie bspw. in Baden-Württemberg haben, wird man auch immer geringe Mengen an Pestiziden in Ökoprodukten nachweisen können. Die Prozesskontrolle ist daher der richtige Ansatz, um die Qualität eines Bioproduktes zu gewährleisten. Gerade hier ist uns eine positive Weiterentwicklung durch die Harmonisierung der Vorgaben gelungen. Der ursprüngliche Vorschlag der Kommission hätte die sehr dynamisch wachsende Biolandwirtschaft in Europa gefährdet“, zeigt sich Lins zufrieden.

Die Kontrollen und Pestizidrückstände waren aber nicht die einzigen große strittigen Punkte. Zur Debatte standen die Ausnahmen von der Bodengebundenheit für Gewächshäuser in nordischen Ländern aufgrund der klimatischen Bedingungen, das Einführen einer europaweit funktionierenden Datenbank für Saatgut sowie das experimentelle Öffnen der Verordnung für „alte Sorten“, welche bisher in der Landwirtschaft offiziell nicht erlaubt sind. „Dies waren wichtige Punkte für uns als Europäisches Parlament und all dies haben wir zu einem zufriedenstellenden Grad erreicht“, erklärt der CDU-Europaabgeordnete.

„Nach endgültiger Annahme des Textes gilt es, der Europäischen Kommission weiter auf die Finger zu schauen, wenn es um die die sogenannten Durchführungsbestimmungen der Verordnung geht“, so Lins abschließend.

Für weitere Informationen:

Büro Norbert Lins MdEP: +32-228-37819

Hintergrund

Die neue Verordnung über ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen wurde im März 2014 von der Europäischen Kommission vorgestellt. Nach langen Verhandlungen im Europäischen Parlament, wo die Europaabgeordneten über 1400 Änderungsanträge zu dem Dossier eingebracht hatten, folgten im Anschluss an die Abstimmung über den Bericht im Agrarausschuss im Oktober 2015 die sogenannten Trilogverhandlungen mit dem Rat der Europäischen Union sowie der Europäischen Kommission, welche Ende Juni 2017 abgeschlossen wurden. Nach der Annahme durch den „Sonderausschuss Landwirtschaft“ des Rates und den Agrarausschuss des Europäischen Parlamentes im November 2017 und der heutigen Annahme im Plenum des Parlaments muss der Text nochmals im Rat der EU abgesegnet werden. Dies gilt als Formsache. Die Verordnung tritt 2021 in Kraft.

Der ökologische Landbau in Europa hat sich in den letzten Jahren sehr dynamisch entwickelt und ist insbesondere für Deutschland ein wichtiger Bestandteil der Landwirtschaft. Mit rund 10% ökologisch bewirtschafteter Fläche befindet sich der Sektor auch in Baden-Württemberg schon lange nicht mehr in einer Nische.